



Braunschweig, den 20. März 2023

PRESSEMITTEILUNG

Doppelhaushalt 2023/24: Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen Nachbarschaftszentren und soziale Beratungseinrichtungen

Annegret Ihbe und Lisa-Marie Jalyschko: „Wir wollen Braunschweig damit als sicheren und lebenswerten Ort für alle stärken“

Braunschweig. Die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen auch in den kommenden zwei Jahren Nachbarschaftszentren und soziale Beratungseinrichtungen unterstützen – dies ist das Ergebnis von Verhandlungen zum städtischen Doppelhaushalt 2023/24 zwischen beiden Fraktionen. Im Zentrum stehen dabei Institutionen, die sich mit Themen wie Gewaltprävention, Frauenberatung und Alzheimer beschäftigen.

Annegret Ihbe, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, und Lisa-Marie Jalyschko, Vorsitzende der Grünen Ratsfraktion, freuen sich dabei vor allem über den gemeinsamen rot-grünen Antrag zur Verbesserung der Personalsituation in den Nachbarschaftszentren: „Wir möchten, dass jedes Nachbarschaftszentrum künftig mit einer Vollzeitstelle oder zwei Teilzeitstellen ausgestattet wird. Nur so kann dort die notwendige Arbeit für Koordinierung, Vernetzung und Quartiersarbeit geleistet werden“. Der Antrag von SPD und Grünen sieht eine Verdoppelung der für die Nachbarschaftszentren bereitgestellten Gelder vor. Für das Jahr 2023 sollen zusätzlich 107.000 Euro und für 2024 223.500 Euro eingesetzt werden.

Ebenfalls sehr wichtig ist Annegret Ihbe die Förderung des Fachzentrums gegen sexuelle Gewalt, ehemals Frauen- und Mädchenberatung: „Die Beratungsstelle arbeitet seit Jahrzehnten gegen sexualisierte Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. So ein wichtiges Anliegen müssen wir in Braunschweig voranbringen.“ Seit 2022 steht das Beratungsangebot auch Jungen und männlichen Jugendlichen offen. Einen Schwerpunkt der Tätigkeit bildet dabei die Präventionsarbeit, die Kinder und Jugendliche schützen und stärken soll. Das Fachzentrum soll deshalb dauerhaft mit über 100.000 Euro jährlich von der Stadt gefördert werden.

Dauerhafte finanzielle Unterstützung erhalten soll auch die Frauenberatungsstelle mit über 18.000 Euro im Jahr. „Von Gewalt betroffene Frauen finden hier Hilfe und Weitervermittlung, beispielsweise an Frauenhäuser“, sagt Lisa-Marie Jalyschko. „In den letzten Jahren ist aufgrund der Corona-Pandemie leider ein Anstieg häuslicher Gewalt zu verzeichnen, dies bedeutet auch mehr Arbeit für die Beratungsstelle.“ Im gleichen Zuge möchten die Fraktionen parallel die Täterarbeit fördern. „Wir wollen

der Täterberatungsstelle etwa 5000 Euro jährlich zukommen lassen, um ihre Präventionsarbeit im Bereich häuslicher Gewalt zu stärken“, so Jalyschko weiter.

Neben den großen Themen Nachbarschaftszentren und Gewaltprävention sollen auch die Bedürfnisse demenzkranker Menschen und ihrer Angehörigen in den Haushaltsanträgen berücksichtigt werden. So soll die Alzheimer-Gesellschaft dauerhaft über 6000 Euro Jahresförderung erhalten, damit sie als Selbsthilfevertretung ihre Betroffenen- und Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen kann. „Die Alzheimer-Gesellschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung für das Thema Demenz und hat wertvolle Unterstützungsstrukturen für Betroffene und ihre Familien aufgebaut“, erklärt Annegret Ihbe.